

## **Fluchtursache Klimakrise bekämpfen – statt Energiewende ausbremsen**

Von Uwe Nestle und Luca Brunsch (EnKliP)

Erschienen in „Der Schlepper“ Nr. 77, Frühjahr 2016. Das Magazin für Migration und Flüchtlingssolidarität in Schleswig-Holstein. Nr. 77 Frühjahr 2016. Hg.: Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. Siehe [www.frsh.de/schlepper](http://www.frsh.de/schlepper).

In Sonntagsreden zur Flüchtlingsproblematik stellt Bundeskanzlerin Merkel gerne fest, dass die Ursachen für Flucht beseitigt werden müssten (Bundesregierung 2015). Die aktuelle Politik beschränkt sich aber vor allem auf die „Sicherung der Grenzen“, die Einschränkung des Asylrechts und einen Deal mit der Türkei. Die Fluchtursachen werden dagegen weder politisch bekämpft, noch kommen sie in der öffentlichen Diskussion in angemessener Weise vor. Eine Fluchtursache ist die Klimakrise (Bade 2016) - beim Klimaschutz aber steht die Bundesregierung seit Jahren auf der Bremse.

Mit der wachsenden globalen Durchschnittstemperatur steigen Anzahl und Stärke katastrophaler Wetterereignisse (IPCC 2014b, S. 11f.). Dazu gehören Dürren, Starkregen und Stürme. Laut Kofi Annan ist davon schon heute das Wohlergehen von Hunderten Millionen Menschen bedroht (Annan 2014). Bei vielen Millionen sind gar die Lebensgrundlagen bedroht – vor allem in armen Staaten. Das gilt auch Menschen in Syrien. Zwischen 2006 und 2007 wurde das Land, dessen Wirtschaft zu 20 % auf der Landwirtschaft beruht (Fischer 2011, S. 465), von der schlimmsten Dürre seit 100 Jahren heimgesucht. Diese hat 1,5 Millionen Menschen vom Land in die Städte gedrängt (Kelley 2015). Die Klimakrise war daher ein Brandbeschleuniger für die Syrienkrise – wie auch Entwicklungsminister Müller zur Kenntnis gibt (isw 2015).

Insgesamt werden bereits heute rund 20 Millionen Klimaflüchtlinge gezählt (NRC und IDMC 2015, S. 21) Bis 2050 rechnen die Vereinten Nationen mit 250 Millionen (Tenbrock 2009). Mit wirksamem Klimaschutz kann diese Zahl niedriger liegen – ohne deutlich höher. Denn die Klimakrise droht nicht nur Inseln und große Landstriche unter Wasser zu setzen, beispielsweise im dichtbesiedelten und armen Bangladesch mit seinen 160 Millionen Einwohnern (Fischer 2011, S. 73). Dürren und der folgende Zusammenbruch der Landwirtschaft können große Bereiche Afrikas weiter destabilisieren. Stürme in ungekannter Intensität und Häufigkeit drohen die Lebensgrundlagen in vielen der großen Städte an den Küsten zu zerstören. All dies kann entweder direkt zur Flucht zwingen oder gewalttätige Konflikte mitverursachen – und so indirekt zur Flucht zwingen.

Auch durch Abbau und Verbrennung von Öl, Gas und Kohle – der Ursache der Klimakrise – müssen viele Menschen ihre Heimat verlassen. So vernichtet die Ölförderung nicht nur in Nigeria die Lebensgrundlagen indigener Völker (ep-o 2015; Wallace 2016, S. 3). Der Export fossiler Energien bildet die Machtgrundlage autokratischer und diktatorischer Regime und terroristischer Gruppen. Militärische Eingriffe z.B. im Nahen Osten waren in der Vergangenheit stark vom Ziel motiviert, den Zugang zu Öl und Co. zu sichern. Eine rasche Energiewende macht uns von diesen unabhängig. Bei der Bekämpfung von Fluchtursachen hilft sie also doppelt: Indem sie die Klimakrise eindämmt und fossile Energie langfristig überflüssig macht.

Auch wenn es selbstverständlich sein sollte, Menschen in Not zu helfen: Besser ist es, sie erst gar nicht in Not zu bringen. Die „Flüchtlingskrise“ ist somit ein Grund, die Energiewende zu beschleunigen. Damit würde Deutschland seinen Beitrag leisten, die Fluchtursache Klimakrise zu begrenzen. Dafür muss die Energieeffizienz endlich deutlich erhöht werden (DLR et al. 2012, S. 7). Das beste Mittel dafür ist der Preis. Angesichts der massiv gefallenen Erdölpreise müssen Steuern auf

den CO<sub>2</sub>-Ausstoß erhoben werden. Dies würde sowohl beim Straßenverkehr als auch bei der Wärmeversorgung den Verbrauch von Öl und Gas senken – und die Erneuerbaren Energien wettbewerbsfähiger machen. Deren Anteil stagniert in diesen Bereichen seit Jahren (BMWi 2016, S. 15, 19). Stattdessen sollte ihr Ausbau deutlich beschleunigt werden.

Aktuell bereitet die Bundesregierung eine Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) vor, das den Ausbau von Wind- und Photovoltaikanlagen fördert (BMWi 2015). Es ist das mit Abstand erfolgreichste Klimaschutzinstrument (BMU 2007, S. 12). Mit der Novelle aber soll der Ökostromausbau gedeckelt werden. Sie soll sicherstellen, dass der Ökostromanteil bis 2025 unter keinen Umständen über 45 % liegt (BMWi 2015, S. 1, 6). Das entspricht einer Halbierung des Ausbaus der letzten Jahre. Und es bedeutet im Umkehrschluss im Jahr 2025 mindestens 55 % fossiler Strom, vor allem aus Kohlekraftwerken. Das aber sind Deutschlands schlimmste Klimakiller (BMU 2011, S. 24). So wird Deutschland sein Versprechen, bis 2020 40 % der Klimaemissionen einzusparen, nicht halten können (Nitsch 2014). Das wäre ein sehr schlechtes Zeichen an die Weltgemeinschaft und könnte die notwendige Ratifizierung und Umsetzung des Pariser Klimaabkommens von Ende 2015 durch die nationalen Parlamente erschweren.

Nach diesem Abkommen strebt die Weltgemeinschaft an, den Anstieg der globalen Temperatur deutlich unter 2 Grad, möglichst aber auf 1,5 Grad zu begrenzen. Denn bei einem Anstieg von über 2 Grad macht sich der Temperaturanstieg höchstwahrscheinlich selbstständig – die Folgen wären katastrophal und dürften völlig aus dem Ruder laufen (IPCC 2014a, S. 72; The Conversation 2013). Bei einem Anstieg von über 1.5 Grad ist dies zwar noch immer möglich, aber deutlich unwahrscheinlicher. In jedem Fall werden durch den Anstieg des Meeresspiegels viele Regionen, besonders die Inselstaaten mit Hunderttausenden Einwohnern, in ihrer Existenz bedroht.

Das 1,5-Grad-Ziel aber macht eine deutliche Anhebung auch der deutschen Klimaschutzziele erforderlich. Im Auftrag von Greenpeace hat das New Climate Institute ermittelt, dass bei diesem Ziel der Kohleausstieg bis 2025 und die vollständige Umstellung auf Erneuerbare Energien bis spätestens 2035 erfolgen müssen (New Climate Institute 2016). Die Bundesregierung will dagegen nur 60 % des Energieverbrauchs mit Erneuerbare Energien decken – im Jahr 2050 (BMU 2011, S. 7).

Die EEG-Novelle und die Deckelung des Ökostromausbaus sollen angeblich die Kostenexplosion beseitigen (BMWi 2014b). Durch die massiven Preissenkungen bei der Photovoltaik sind die Kosten aber bereits um über die Hälfte gefallen (EnKliP 2014). Tatsächlich soll vor allem der Ausbau bei der Windenergie an Land zusammengestrichen werden (BMWi 2015, S. 6), dem Billigmacher unter den Erneuerbaren Energien. Dabei ist dieser Ökostrom nicht teurer als Strom aus neuen Kohle- oder Erdgaskraftwerken (BMWi 2014a, S. 3). Wollte man die Stromkunden vor hohen Kosten schützen, gäbe es bessere Wege. So könnten die immensen Privilegien der Industrie bei der EEG-Umlage zurückgefahren werden (Agora Energiewende 2014). Um gerade die bedürftigen Haushalte zu entlasten könnten die überbeuerten Grundtarife von Stromversorgern reguliert werden. Ferner würden Zuschüsse für sparsame Haushaltsgeräte gerade bei ärmeren Haushalten Stromkosten einsparen. Die beiden letzten Punkte stehen im jüngsten Bundestagswahlprogramm der SPD (SPD 2013, S. 41). Dennoch will die Bundesregierung sie nicht umsetzen (CDU/CSU/SPD 2013).

Als viertgrößte Industrienation (Fischer 2011, S. 631) spielt Deutschland beim globalen Klimaschutz eine besondere Rolle. Ob wir es wollen oder nicht: Viele Staaten schauen aufmerksam nach Deutschland (BMWi 24.02.2016). Wie läuft die deutsche Energiewende? Wie entwickeln sich die deutschen Klimagasemissionen? Nimmt Deutschland das neue Klimaabkommen ernst? Mit der Deckelung des Ökostromausbaus zeigt Deutschland, dass es an der Energiewende zweifelt und seine alten Klimaschutzzusagen nicht mehr wirklich ernst nimmt – trotz der Pariser Beschlüsse.

Wenn Frau Merkel tatsächlich die Fluchtursachen beseitigen will, muss sie die Energiewende beschleunigen. Für die Energiepolitik der nächsten Wochen heißt das: Der Ökostromdeckel des EEG muss weg.

## Literaturverzeichnis

Agora Energiewende (2014): EEG-Ausnahmen für Industrie und Eigenverbrauch sinnvoll fortentwickeln Zusammenfassung der Ergebnisse einer Studie des Öko-Institut e.V. Unter Mitarbeit von Öko-Institut e.V. Berlin. Online verfügbar unter [https://www.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/2013/EEG-20/Impulse\\_Zusammenfassung\\_Reform\\_des\\_EEG-Umlagemechanismus.pdf](https://www.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/2013/EEG-20/Impulse_Zusammenfassung_Reform_des_EEG-Umlagemechanismus.pdf), zuletzt geprüft am 13.04.2016.

Annan, Kofi (2014): Unser aller Versagen. Klimawandel. In: *Süddeutsche Zeitung GmbH*, 24.01.2014. Online verfügbar unter <http://www.sueddeutsche.de/wissen/klimawandel-unser-aller-versagen-1.1870435>, zuletzt geprüft am 12.02.2015.

Bade, Klaus J. (2016): ZUM BEISPIELVERANTWORTUNG. In: *ZEIT FÜR WAS NEUES* 2016, 1.2016, S. 17. Online verfügbar unter [https://www.gruene.de/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/Mitgliedermagazin/2016-01\\_Magazin\\_Gruene.pdf](https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Mitgliedermagazin/2016-01_Magazin_Gruene.pdf), zuletzt geprüft am 13.04.2016.

BMU (2007): Erfahrungsbericht 2007 zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG-Erfahrungsbericht) gemäß § 20 EEG. November 2007. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU). Berlin. Online verfügbar unter [https://www.clearingstelle-eeg.de/files/private/active/0/erfahrungsbericht\\_eeg\\_2007.pdf](https://www.clearingstelle-eeg.de/files/private/active/0/erfahrungsbericht_eeg_2007.pdf), zuletzt geprüft am 02.07.2015.

BMU (2011): Erneuerbare Energien. Innovationen für eine Nachhaltige Zukunft. Hg. v. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU). Berlin. Online verfügbar unter [http://www.ifeu.de/energie/pdf/ee\\_innovationen\\_energiezukunft\\_2012.pdf](http://www.ifeu.de/energie/pdf/ee_innovationen_energiezukunft_2012.pdf), zuletzt geprüft am 06.02.2015.

BMWi (2014a): Eckpunkte für die Reform des EEG. 21.1.2014. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi). Berlin. Online verfügbar unter <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/E/eeg-reform-eckpunkte,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>, zuletzt geprüft am 28.01.2014.

BMWi (2014b): Welche Nachteile haben wir gestrichen? Nachteil "Kostenexplosion" gestrichen: Die Kostendynamik durchbrochen. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi). Online verfügbar unter Nicht mehr abrufbar, zuletzt geprüft am 26.11.2014.

BMWi (2015): EEG Novelle 2016. Eckpunktepapier. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi). Berlin. Online verfügbar unter <http://m.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/E/eckpunkte-eeg-novelle-2016,property=pdf,bereich=bmwimobile2012,sprache=de,rwb=true.pdf>, zuletzt geprüft am 04.12.2015.

BMWi (2016): Erneuerbare Energien in Deutschland. Daten zur Entwicklung im Jahr 2015. Hg. v. BMWi. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi). Berlin. Online verfügbar unter [http://www.erneuerbare-energien.de/EE/Redaktion/DE/Downloads/erneuerbare-energien-in-zahlen-2015.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](http://www.erneuerbare-energien.de/EE/Redaktion/DE/Downloads/erneuerbare-energien-in-zahlen-2015.pdf?__blob=publicationFile&v=3), zuletzt geprüft am 20.04.2016.

BMWi (24.02.2016): Chinesisches Interesse an deutscher Energiewende ungebremst - Staatssekretär Rainer Baake (BMWi) empfängt Vizeminister Zheng in Berlin. Berlin. Online verfügbar unter <http://www.bmwi.de/DE/Presse/pressemitteilungen,did=753184.html>, zuletzt geprüft am 12.04.2016.

Bundesregierung (2015): Merkel: Fluchtursachen bekämpfen. Berlin. Online verfügbar unter <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2015/10/2015-10-08-merkel-bei-will.html>, zuletzt aktualisiert am 13.04.2016, zuletzt geprüft am 13.04.2016.

CDU/CSU/SPD (2013): Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU); Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU); Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD). Berlin. Online verfügbar unter [http://www.bundesregierung.de/Content/DE/\\_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf;jsessionid=664DD83807D54DFD24E121E58553D996.s2t2?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf;jsessionid=664DD83807D54DFD24E121E58553D996.s2t2?__blob=publicationFile&v=2), zuletzt geprüft am 17.09.2014.

DLR et al. (2012): Langfristszenarien und Strategien für den Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland bei Berücksichtigung der Entwicklung in Europa und global. Schlussbericht. Im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR), Fraunhofer Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES), Ingenieurbüro für neue Energien (IFNE). Online verfügbar unter [http://www.dlr.de/dlr/Portaldata/1/Resources/bilder/portal/portal\\_2012\\_1/leitstudie2011\\_bf.pdf](http://www.dlr.de/dlr/Portaldata/1/Resources/bilder/portal/portal_2012_1/leitstudie2011_bf.pdf), zuletzt geprüft am 28.01.2014.

EnKliP (2014): Auf dem Weg zu 100 % Erneuerbaren Energien: Der Kostenberg ist überwunden. Gutachten im Auftrag von Greenpeace Deutschland. Energie- und Klimapolitik | Beratung (EnKliP). Kiel. Online verfügbar unter [www.enklip.de/projekte\\_25\\_272685380.pdf](http://www.enklip.de/projekte_25_272685380.pdf), zuletzt geprüft am 22.10.2014.

ep-o (2015): Nigeria. Ogoni kämpfen noch immer für ein menschenwürdiges Leben. entwicklungspolitik online. Online verfügbar unter [http://www.epo.de/index.php?option=com\\_content&view=article&id=12063:20-jahre-nach-hinrichtung-nigerias-ogoni-kaempfen-noch-immer-fuer-ein-menschenwuerdiges-leben&catid=269&Itemid=100174](http://www.epo.de/index.php?option=com_content&view=article&id=12063:20-jahre-nach-hinrichtung-nigerias-ogoni-kaempfen-noch-immer-fuer-ein-menschenwuerdiges-leben&catid=269&Itemid=100174), zuletzt aktualisiert am 13.04.2016, zuletzt geprüft am 13.04.2016.

Fischer (2011): Der Fischer Weltalmanach 2011. Zahlen - Daten - Fakten. 1 Band. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.

IPCC (2014a): CLIMATE CHANGE 2014 Synthesis Report. Intergovernmental Panel on Climate Change. Genf. Online verfügbar unter [https://ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar5/syr/SYR\\_AR5\\_FINAL\\_full.pdf](https://ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar5/syr/SYR_AR5_FINAL_full.pdf), zuletzt geprüft am 18.04.2016.

IPCC (2014b): CLIMATE CHANGE 2014 Synthesis Report. Summary for Policymakers. Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). Online verfügbar unter <http://www.de-ipcc.de/de/200.php>, zuletzt geprüft am 12.04.2016.

isw (2015): Klimaflüchtlinge werden zum Haupttreiber künftiger Migration. isw -sozial-ökologische Wirtschaftstordnung e.V. Online verfügbar unter <https://isw-muenchen.de/2015/11/klimafluechtlinge-werden-zum-haupttreiber-kuenftiger-migration/>, zuletzt aktualisiert am 12.04.2016, zuletzt geprüft am 12.04.2016.

Kelley, Colin P. et al. (2015): Climate change in the Fertile Crescent and implications of the recent Syrian drought. University of California; Columbia University. Washington (PNAS, vol. 112 no. 11). Online verfügbar unter <http://www.pnas.org/content/112/11/3241.full>, zuletzt geprüft am 11.12.2015.

New Climate Institute (2016): Was bedeutet das Pariser Abkommen für den Klimaschutz in Deutschland? Unter Mitarbeit von Niklas Höhne, Takeshi Kuramochi, Sebastian Sterl, Lina Röschel. Greenpeace e.V. Berlin. Online verfügbar unter

[http://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/160222\\_klimaschutz\\_paris\\_studie\\_02\\_2016\\_fin\\_neu.pdf](http://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/160222_klimaschutz_paris_studie_02_2016_fin_neu.pdf), zuletzt geprüft am 31.03.2016.

Nitsch, Joachim (2014): Szenarien der deutschen Energieversorgung vor dem Hintergrund der Vereinbarungen der Großen Koalition. Im Auftrag vom Bundesverband Erneuerbare Energien e.V. Stuttgart. Online verfügbar unter [http://www.bee-ev.de/\\_downloads/publikationen/studien/2014/20140205\\_BEE-Szenarien\\_GROKO\\_Nitsch.pdf](http://www.bee-ev.de/_downloads/publikationen/studien/2014/20140205_BEE-Szenarien_GROKO_Nitsch.pdf), zuletzt geprüft am 14.02.2014.

NRC und IDMC (2015): Global Estimates 2015. People displaced by disasters. Unter Mitarbeit von OCHA UNHCR. Norwegian Refugee Council (NRC); Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC). Genf. Online verfügbar unter <http://www.internal-displacement.org/assets/library/Media/201507-globalEstimates-2015/20150713-global-estimates-2015-en-v1.pdf>, zuletzt geprüft am 04.04.2016.

SPD (2013): Das WIR entscheidet. Das Regierungsprogramm 2013-2017. Hg. v. SPD-Parteivorstand. Sozialdemokratische Partei Deutschland. Berlin. Online verfügbar unter [http://www.spd.de/linkableblob/96686/data/20130415\\_regierungsprogramm\\_2013\\_2017.pdf](http://www.spd.de/linkableblob/96686/data/20130415_regierungsprogramm_2013_2017.pdf), zuletzt geprüft am 08.04.2014.

Tenbrock, Christian (2009): Der große Treck. Treibt der Klimawandel ganze Völker des Südens zur Flucht nach Norden? In: *Zeit* 2009, 08.10.2009. Online verfügbar unter <http://www.zeit.de/2009/42/Klimafluechtlinge>, zuletzt geprüft am 31.03.2016.

The Conversation (2013): IPCC climate trends: blueprints for tipping points in Earth's climate. Online verfügbar unter <http://theconversation.com/ipcc-climate-trends-blueprints-for-tipping-points-in-earths-climate-18706>, zuletzt aktualisiert am 13.04.2016, zuletzt geprüft am 13.04.2016.

Wallace, Scott (2016): Ecuador: Erdöl oder Regenwald. National Geographic. Online verfügbar unter <http://www.nationalgeographic.de/reportagen/ecuador-erdoel-oder-regenwald?page=3>, zuletzt aktualisiert am 13.04.2016, zuletzt geprüft am 13.04.2016.